

ihrer Verbündeten um die politische Macht die Frage des Verhältnisses zu anderen politischen Parteien anders steht als unter den Bedingungen einer sozialistischen Gesellschaft, das sollte eigentlich klar sein.

Zu diesem Problem äußerte sich einst Genosse Palmiro Togliatti, der sich im Kampf der internationalen Arbeiterbewegung hervorragende Verdienste erworben hat. Ich habe früher in der Komintern mit ihm gut zusammengearbeitet, als es darum ging, die Volksfronttaktik auszuarbeiten. Damals sagte Genosse Togliatti, daß es darauf ankommt, „den Kampf der Massen in seinem ganzen Ausmaß zu leiten, niemals die Initiative zu verlieren und den schwankenden Elementen, die gleich bei den ersten auftauchenden Schwierigkeiten nur kapitulieren können, die Führung zu entreißen“. Dieser Standpunkt hat auch heute noch volle Gültigkeit.

Unter dem Scheinliberalen Feldgeschrei einer „reinen“ Demokratie soll das Fundament, auf dem Demokratie für die werktätigen Massen des Volkes überhaupt erst möglich wird, nämlich die politische und ökonomische Macht des von der Arbeiterklasse geführten werktätigen Volkes, untergraben, soll ihre sozialistische Staatsmacht geschwächt und schließlich beseitigt werden. Dies ist das politische Konzept der bürgerlichen Theorie von der „pluralistischen Gesellschaft“.

Die Empfehlung einiger westdeutscher sozialdemokratischer Führer an die sozialistischen Länder, den wissenschaftlichen Sozialismus durch den „Pluralismus“ zu ersetzen, ist also nichts anderes als die Empfehlung, der Konterrevolution legale Betätigungsmöglichkeiten zu verschaffen. Der Aufruf der „2000 Worte“ zur Bildung von Gegenorganen gegen die sozialistische Staatsmacht in der CSSR hat das zur Genüge bewiesen.

Der „Pluralismus“ ist berechnet auf die Ahnungslosigkeit kleinbürgerlicher Träumer, die die handgreifliche Macht der imperialistischen Monopole in der Welt mit Phrasen von der Gleichheit aller Menschen und von reiner Demokratie glauben aus der Welt schaffen zu können. Er ist ein Trugbild, das die imperialistische Wirklichkeit der hemmungslosen Diktatur der Monopole und ihrer Verbände, den Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft, verschleiern und die Menschen in den sozialistischen Ländern verführen soll, ihre erlangene Freiheit, ihre errungene Macht, ihre sozialistische Gesellschaftsordnung von selbst preiszugeben. Wer darauf hereinfällt, muß sich nicht wundern, wenn ihm die Konterrevolution unter dem Mantel völliger Legalität eine Position nach der anderen aus der Hand windet und sich schließlich wieder in den Sattel der Macht schwingt.

Wir haben damit in Deutschland schon 1918 unsere Erfahrungen gemacht. Vor 50 Jahren waren es gerade auch kleinbürgerliche Illusionen über die bürgerliche Demokratie, über den angeblich neutralen Staat, in denen das Denken vieler sozialdemokratischer Arbeiter gefangenhalten wurde. Diese Illusionen hinderten die Arbeiter- und Soldatenräte in der Novemberrevolution daran, mit der notwendigen Entschiedenheit die monopolkapitalistischen und großagrarischen Beherrscher Deutschlands zu entmachten, ihren eigenen Staat der Arbeiter und Bauern zu errichten und ihn zur Umwälzung der ökonomischen, politischen und geistigen Grundlagen der ganzen Gesellschaft in Gang zu setzen. Wissenschaftliche Klarheit in der Frage der führenden Rolle der Arbeiterklasse und in der Staatsfrage sind entscheidende Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus und für die Verwirklichung der sozialistischen Demokratie. In der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus hat die sozialistische Ideologie, die Überzeugung von der Gesetzmäßigkeit und der Gerechtigkeit unseres Kampfes gewaltige Bedeutung; denn vor allem das

Wissen um die politischen und sozialen Zusammenhänge wird die Werktätigen zu Höchstleistungen beflügeln, die geeignet sind, in der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus die Waagschale zu unseren Gunsten zu senken.

Sozialistische Demokratie und „Gewaltenteilung“

Im Art. 21 Abs. 1 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik ist gesagt:

„Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben der sozialistischen Gemeinschaft und des sozialistischen Staates umfassend mitzugestalten. Es gilt der Grundsatz: ‚Arbeite mit, plane mit, regiere mit!‘“¹

In der Deutschen Demokratischen Republik gewinnen die sozialistischen Verhaltensweisen immer mehr Einfluß. Die Verfassung betont besonders das Mitgestalten. Das erfordert jedoch, daß die sozialistische Ideologie das gesamte gesellschaftliche Leben durchdringt und zu einer immer stärkeren aktiven Kraft im Prozeß der Lösung der Aufgaben des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus wird. Die Werktätigen ändern und entwickeln sich so, wie es unsere Partei prognostisch vorausgesagt hat. Unsere sozialistische Gesellschaft hat sich mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in eine große Gemeinschaft arbeitender Menschen verwandelt. Die Werktätigen in Stadt und Land, in sozialistischen Betrieben und Genossenschaften wie auch in allen anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens arbeiten einheitlich, zielgerichtet und planmäßig zusammen, um ihre vielfältigen politischen, wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Bedürfnisse immer besser zu befriedigen und ihre sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung systematisch auszubauen. Inhalt und Formen der sozialistischen Demokratie entwickeln sich unter den Bedingungen des Sozialismus weiter.

Worin bestehen die entscheidenden Garantien für die allseitige Entwicklung der sozialistischen Demokratie?

Sie sind in unserer sozialistischen Verfassung vom 6. April 1968 fest verankert. Ausgehend von der politischen Macht der Werktätigen, ist die entscheidende Grundlage das Eigentum des Volkes an den Produktionsmitteln. In unserer Verfassung ist verbürgt, daß die Volksvertretungen die Grundlage des Systems der Staatsorgane bilden und keine anderen als diese verfassungsmäßig dafür vorgesehenen Organe staatliche Macht ausüben können. In ihnen konzentrieren sich alle politischen Kräfte des Volkes. Hier fließen alle Initiativen der Werktätigen, ihrer Gemeinschaften und Kollektive zu einer einheitlichen Kraft und zu dem einheitlichen Ziel zusammen, die Produktion und das gesamte gesellschaftliche Leben zu gestalten. Das entspricht voll und ganz den Lehren von Marx, Engels und Lenin, die wir auf unsere Bedingungen schöpferisch angewandt haben. Die sozialistische Demokratie wird jedoch erst in dem Maße effektiv, wie der einzelne befähigt wird, aktiv und qualifiziert an der Leitung von Staat und Wirtschaft teilzunehmen. Deshalb wird die Qualifizierung der Abgeordneten und der gesellschaftlich tätigen Werktätigen besonders gefördert. Die Lösung der Aufgaben der wissenschaftlich-technischen Revolution und insbesondere die Durchführung der strukturpolitischen Konzeption des Perspektivplans erfordern höhere Bildung, höhere Organisiertheit und Disziplin und in hohem Maße eine differenzierte und gezielte Einbeziehung der Werktätigen sowie der sozialistischen Arbeitsgemeinschaften in die Entscheidungsfindung und die Durchführung der Aufgaben.

Wir sind uns bewußt, daß der sozialistische Staat eine